

## ZUR PERSON

**Bereit zum  
Privilegien-Check**

Der neue EBS-Dekan wünscht sich verantwortungsvolle Juristen

Der Privilegien-Test, den Emanuel Towfigh mit seinen Studenten gemacht hat, könnte manchen von ihnen nachdenklich gestimmt haben. Zwar versammeln sich in der EBS-Jurafakultät nicht nur Söhne und Töchter von Spitzenmanagern oder Partnern internationaler Anwaltskanzleien. Es dürften aber auch nur wenige mit „Ja“ antworten, wenn sie etwa gefragt werden, ob sie in einer von Drogenkonsum geprägten Gegend aufgewachsen sind oder schon öfter wegen ihrer Hautfarbe angefeindet wurden.

Auch Towfigh selbst stammt nicht aus ärmlichen Verhältnissen, doch seine Familiengeschichte dürfte seinen Blick für Diskriminierung ebenso geschärft haben, wie sie ihn in seiner Wertschätzung kultureller und sozialer Vielfalt bestärkte: Sein Vater, ein iranischer Arzt, gehörte zu den in seiner Heimat verfolgten Anhängern der Bahai-Religion. Towfigh selbst ist in Essen geboren, ein schwäbisches Erbe steuerte die Mutter bei. Er hat in Münster Rechtswissenschaft studiert, aber auch Chinesisch in Nanjing, weil er „das Exotischste machen wollte, was ich machen konnte“.

Dass die angehenden Juristen der Wiesbadener Privathochschule gleichfalls ihren Horizont erweitern und dabei auch jene Menschen nicht übersehen, die ihren Kindern kein Studium für 45 000 Euro bezahlen können, ist Towfigh nach eigenem Bekunden wichtig. Als Dekan der EBS Law School hat er jetzt noch mehr Gelegenheiten, in diesem Sinn auf die Lehrpläne einzuwirken. Zumal er das Amt wahrscheinlich länger innehaben wird als viele Kollegen an den Landes-Universitäten: Towfigh ist für fünf Jahre gewählt.

Auch schätzt er, wie er sagt, die großen Gestaltungsmöglichkeiten und die Reaktionsgeschwindigkeit innerhalb der EBS: Sie sei eine „unternehmerische Universität“, die zum Beispiel ein Promotionsprogramm schneller aufbauen könne als die staatliche Konkurrenz. Die Bereitschaft der Hochschule, Neues zu wagen, war für Towfigh – selbst Gründer einer Firma für Wissenschaftskommunikation – ein Argument, sich 2016 für die EBS zu entscheiden. Damals ging es nach seiner Wahrnehmung mit der zuvor krisengeschüttelten Zwei-Fakultäten-Uni schon wieder aufwärts.

Zudem hatte Towfigh während eines Forschungsaufenthalts an der New York University School of Law die Vorzüge einer „kleinen, privaten Jura-Ausbildung“ schätzen gelernt. Dem standen Erfahrungen an der Uni Münster gegenüber, wo er „vor 800 Leuten Staatsorganisationsrecht gelesen“ hat. Von einem solchen Massenbetrieb ist die EBS weit entfernt; dort sitzen 50 bis 60 Leute in Towfighs



**Emanuel Towfigh hofft, dass die Bewerberzahlen der EBS Law School noch steigen.**

Veranstaltungen. „Wenn ich hier über die Köpfe der Studenten hinwegrede, merke ich das gleich.“

Dabei dürften die Säle der EBS Law School aus wirtschaftlicher Sicht ruhig noch etwas besser gefüllt sein. Zu der Äußerung des EBS-Präsidenten Markus Ogorek vom vergangenen Juni, für die Jurafakultät müsse man „im Grunde gar nicht mehr werben“, geht Towfigh auf Distanz: „Die Law School muss bekannter werden, sie steht immer noch im Schatten der EBS Business School.“

Die Zahlen geben ihm recht: Vor dem Herbstsemester durchlaufen um die 130 Interessenten das Auswahlverfahren für das Jurastudium. Rund die Hälfte von ihnen wird angenommen. Besonders selektiv ist der Eingangstest also nicht; die Bucerius Law School etwa kann sich ihre Anfänger aus einer deutlich größeren Zahl von Bewerbern aussuchen. Towfigh sagt: „Ich bin optimistisch, dass wir die Zahlen steigern können.“ Ökonomisch sei die EBS, die zum Heidelberger Bildungskonzern SRH gehört, mit der Law School „momentan im Plan“.

Der Dekan will sich nicht darauf verlassen, dass allein die aktuelle Prädikatsquote von 43 Prozent im Staatsexamen genügend Jura-Anwärter nach Wiesbaden lockt. Er möchte das Studium auch inhaltlich weiterentwickeln, setzt dabei auf neue didaktische Ideen, größere Forschungsnähe und Interdisziplinarität. Dass er sich auf Letztere versteht, hat der Fachmann für öffentliches Recht mit seiner Habilitationsschrift bewiesen: Sie befasst sich mit dem „Paradox“ der politischen Parteien, die tragende Elemente des deutschen Staatswesens sind und doch von vielen Bürgern nur als Werkzeuge von Interessengruppen wahrgenommen werden.

Der 39 Jahre alte Vater zweier Kinder hält das Parteiensystem inzwischen für überholt. „Wir brauchen neue Antworten, wie wir uns organisieren und aufeinander achtgeben können.“ Denn: „Die Gesellschaft driftet auseinander. Wir haben ein Solidaritätsproblem.“ Darüber in einem Seminar nachzudenken dürfte anregend sein, gerade für privilegierte EBS-Studenten.